Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 25 | Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. | Berlin, den 14. Juni 1925 | Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Merkur 8529. Anzeigen werden nicht aufgenommen. | 41. Jahrgang

Zum 15. Verbandstage. III.

Die ersten fünf Punkte der Tagesordnung unseres Verbandstages — genauer gesagt, die ersten sechs Punkte, denn es schiebt sich als Punkt 3 noch ein: „Anträge zum Statut" — dienen, wie sich zeigte, dem Auf- und Ausbau unseres Verbandes nach innen und außen. Mit der Erledigung dieser Punkte steht unser Verbandstag vor einer Aufgabe, deren Bedeutung weit über das übliche Maß hinausgeht. Es gilt, die entsetzliche Gleichgültigkeit großer Kollegen- und Kolleginnenkreise zu überwinden, es gilt, Mittel zu suchen, um auch diese Kreise an den Verband zu fesseln, es gilt aber auch der gewerkschaftlichen Erziehung und Durchbildung eines Großteiles unserer Mitglieder neue Wege zu weisen und alte in höherem Maße für uns nutzbar zu machen. Die Inflationsperiode hat gezeigt, welchen äußeren Umfang unser Verband annehmen kann. Die Auswirkung der Beschlüsse unseres Verbandstages zu den ersten sechs Punkten seiner Tagesordnung soll die Möglichkeit ganz wesentlich steigern, unserer Organisation diesen äußeren Umfang baldigst zu geben in der Gewißheit, daß die lückenlose Erfassung aller Berufsangehörigen die beste Gewähr für die Sicherstellung der Existenz aller unserer Mitglieder ist. Und wenn daneben nichts unversucht bleibt, zur gleichen Zeit auch die geistige Höherentwicklung unseres Mitgliederkreises zu fördern, dann ist alles getan, was zu tun ist, um der Zweckbestimmung unseres Verbandes möglichst nahezukommen. Auf dieses Ziel haben wir mit unserer ganzen Kraft zuzusteuern.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung unseres Verbandstages gelten diesem Ziel, soweit sie nicht rein geschäftlichen Charakters sind. Mit der Behandlung der „Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik" soll bezweckt werden ein gewisses programmatisches Bekenntnis zu der Forderung auf größere Anteilnahme am öffentlichen Leben, wie sie der heutigen Bedeutung unserer Gewerkschaften als wirtschaftlicher, kultureller und politischer Faktor entspricht. Diese programmatische Stellungnahme wird dann richtunggebend sein für alle Handlungen unseres Verbandes. Nicht nur ein unverbindliches Lippenbekenntnis für die Ideen der modernen Arbeiterschaft soll abgelegt werden, mit Herz und Verstand soll jeder dafür eintreten, daß die Rechte und Pflichten unserer Gewerkschaften in unserem heutigen Staatskörper anerkannt und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin als vollwertiges und gleichberechtigtes Glied in diesem eingeschätzt wird. Dazu fehlt uns bis heute noch sehr viel und um diesem Mangel abzuhelfen, muß die gesteigerte Gewerkschaftsmacht voll zur Geltung kommen. Ohne das fleißige Regen der proletarischen Hände und Hirne ist der Staat unmöglich. Nichts liegt da näher als die durchaus berechtigte Forderung auf gleichwertige Behandlung und Anerkennung der Arbeiterschaft als lebenspendendes Element. Zwar fehlt uns heute ein modernes, den neuzeitlichen Begriffen von der Bedeutung der Arbeiterklasse voll entsprechendes Gewerkschaftsprogramm. Ob ein solches geschaffen werden kann, das ist eine Doktorfrage. Doch nicht Paragraphen und feste Reglementierungen bringen uns vorwärts, sondern der lebendige Geist, der alle unsere Handlungen beseelen sollte, der ist es, der als wirksamstes vorwärtstreibendes Element jeden einzelnen beherrschen muß. Und wenn die Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik eine größere wird, wenn eine gesteigerte Gewerkschaftsmacht sich voll durchzusetzen versteht, dann wird Elend und Not bald aus den Wohnungen der Arbeiterschaft verbannt sein. Das ist es ja, was wir wollen: die Führung von Politik und Wirtschaft soll geschehen unter absolutester Beachtung der Interessen der Arbeiterschaft als lebenspendendes Element im Staat.

Das aber kann eine Gewerkschaft allein nicht erreichen. Dazu ist notwendig ein inniges Zusammenwirken mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen. Soweit die rein berufliche Seite in Betracht kommt, ist das Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Organisationen notwendig. Wenn wir auch durch den „Graphischen Bund" ein etwas engeres Verhältnis mit diesen geschaffen haben und durch ihn schon manche Dinge für alle vier graphischen Organisationen gemeinsam geregelt worden sind, dann gebietet es doch die Objektivität und die Ueberzeugung, daß man eine Sache nur bessern kann, wenn man sagt, was ist, ganz klar ausspricht, daß der „Graphische Bund" für viele unserer Mitglieder eine Enttäuschung ist. Es genügt eben nun einmal nicht, daß hier und da in einer mehr oder weniger wichtigen Sache ein gemeinsames Arbeiten festgestellt werden kann, während in großen und entscheidenden Angelegenheiten die speziellen und darum einseitigen Organisationsverhältnisse vielleicht über Gebühr in den Vordergrund geschoben werden. Doch Zwangsmaßnahmen kann und will niemand anwenden und so bleibt nur die Hoffnung auf ein allmähliches Heranreifen des Zustandes, wie ihn der Großteil unserer Mitglieder ersehnt. Jedenfalls aber ist die Tätigkeit unserer Betriebsräte und deren Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Berufen im allgemeinen ein erfreuliches.

Noch mehr rein beruflicher Natur ist das Zusammenarbeiten mit und in der Internationalen Buchbinderföderation, da in dieser mit uns nur die beruflichen Fachverbände des Auslandes in ihrer Mehrheit zusammengeschlossen sind. In ihrer Mehrheit, denn zu unserem Bedauern ist festzustellen, daß allen Bemühungen zum Trotz auch hier die lückenlose Organisation bei weitem noch nicht geschaffen ist. Zum Teil der Richtungsstreit, zum Teil nicht bekannte Motive verhindern diese.

Die Macht unserer Gewerkschaften muß zum Ausdruck kommen in den Arbeiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wenn die einzelnen Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabenkreises von einer größeren Einflußnahme auf Politik und Wirtschaft durchdrungen sind, dann wird sich diese Haltung ganz notwendigerweise und zwangsläufig auswirken in den Handlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein Keil treibt auch hier den anderen. Hierbei darf auch festgestellt werden, daß leider allzu oft der ADGB. der Prügelknabe sein mußte für Geschehnisse, für die er nicht verantwortlich sein kann.

Wer die Aufgaben unseres 15. Verbandstages an der Hand der provisorischen Tagesordnung recht würdigt, wird finden, daß dieser wie selten etwas geeignet ist, unsere Organisation vorwärts zu bringen. Dabei muß man sich frei halten von kleinlichen Dingen. Wer das Große im Auge hat und gewillt ist, ernsthaft mitzuarbeiten, dem zeigt sich der tiefe sittliche Ernst unserer Gewerkschaftsarbeit. Diese zu fördern und vorwärts zu treiben, das ist in hohem Maße der Zweck auch unseres Verbandstages.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni.

Mehr als 18 Jahre sind vergangen, seitdem die letzte große Inventuraufnahme der deutschen Volkswirtschaft (die Berufs- und Betriebszählung 1907) stattgefunden hat. Hatten schon die letzten Jahre vor dem Kriege gewaltige wirtschaftliche Veränderungen verursacht, dann hat der Weltkrieg erst recht einschneidende Umwälzungen hervorgerufen. Wollen wir heute diese Veränderungen, die seit 1907 im Erwerbsleben, insbesondere der beruflichen und sozialen Schichtung vor sich gegangen sind, feststellen, dann tappen wir vollständig im Dunkeln. Niemand kann heute mit Sicherheit angeben, wieviel Erwerbstätige es im Deutschen Reiche gibt, wie groß die Zahl der Angestellten oder der Arbeiter ist und wie sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen.

Immer stärker wurden deshalb die amtlichen statistischen Stellen — gerade aus Kreisen der Berufsorganisationen, Gewerkschaften usw. — gedrängt, einwandfreie und umfassende Zahlenunterlagen zur Verfügung zu stellen, um den vielfachen Erfordernissen der Praxis, sei es auf wirtschaftspolitischem oder sozialpolitischem Gebiet, Rechnung zu tragen. Die amtliche Statistik hat sich diesen Anregungen nicht verschlossen. Nachdem durch die Markstabilisierung die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder einigermaßen konsolidiert haben, scheint die Zeit für die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit gekommen zu sein.

Durch Reichsgesetz vom 13. März ist eine allgemeine Volkszählung in Verbindung mit einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Betriebszählung für das ganze Deutsche Reich (ohne Saargebiet) für den 16. Juni angeordnet.

Der Erhebungs- und Bearbeitungsplan zu dem Zählungswerk ist in eingehenden jahrelangen Verhandlungen zustande gekommen, die das Statistische Reichsamt nicht nur mit den zuständigen statistischen Landesstellen und sonstigen Behörden, sondern in ausgiebiger Weise auch mit den Berufsorganisationen, mit den Gewerkschaften und mit den Vertretungen der verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens führte. So ist ein Erhebungs- und Bearbeitungsprogramm zustande gekommen, das geeignet erscheint, die lang entbehrten und namentlich bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Verhandlungen der letzten Jahre sehr vermißten grundlegenden Zahlenangaben über die Struktur unserer Volkswirtschaft und ihrer Veränderungen gegen früher in absehbarer Zeit bereitzustellen.

Unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Zählungswerkes ist jedoch die sorgsame und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört. Es ist selbstverständlich, daß die Zählungsbogen nur für statistische Zusammenstellungen verwendet werden. Eine Verwendung für andere Zwecke, etwa für Steuerzwecke oder dergleichen, kommt in keiner Weise in Betracht. Dies ist übrigens auch durch das Gesetz unter feierlicher Zusicherung der Wahrung des Amtsgeheimnisses für die Angaben des einzelnen Haushaltungsvorstandes oder Betriebes ausdrücklich festgelegt.

Die Wirtschaft als Gesamtprozeß.

Paul Kampffmeyer.

II.

Die Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitserzeugnisses und damit die tatsächliche Verwirklichung des Werts und Mehrwerts ist bisher in der sozialistischen Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft vielfach vernachlässigt worden — nicht von Marx, wohl aber oft von dessen Anhängern. In diese Lücke ökonomisch-sozialistischer Auseinandersetzungen springt nun das Buch Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung" ein.

Die Produktion und die Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts liegt heute in den Händen von Industrie-, Handels-Leihkapitalisten oder Gesellschaften dieser Kapitalisten. Diese Kapitalisten, obwohl sie privatim und zu ihrem Vorteil das Arbeitsprodukt herstellen und zirkulieren lassen, sind Organe einer gesellschaftlichen Wirtschaft. Auch die kapitalistische Wirtschaft ist in ihrem tiefsten Grunde gesellschaftlich, sie produziert gesellschaftlich in dem Zusammenwirken von zahlreichen Arbeitern und sie schafft für Massenbedürfnisse, für gesellschaftliche Bedürfnisse. Und Kapitalisten der verschiedensten Art sind mehr oder weniger Organe der gesellschaftlichen Produktion und der Zirkulation des gesellschaftlichen Produkts. So sehr sie sich auch individuell mit ihrer wirtschaftlichen Freiheit spreizen mögen, sie hängen von dem gesellschaftlichen Aufbau der Wirtschaft selbst ab. Sie müssen sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richten, mit technisch vervollkommneten Arbeitsmitteln schaffen und die erzeugten Waren in die richtigen Kanäle senden, damit sie von der Gesellschaft zweckentsprechend verzehrt (konsumiert) werden können.

Die tätigen Kräfte der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion wirken sich nun heute getrennt voneinander aus. Sie wissen nicht, ob sie nicht zuviel Erzeugnisse irgendeiner Warengattung herstellen und in Umlauf setzen lassen. Je feiner sie die Bedürfnisse der Gesellschaft erforscht und je technisch besser sie die ganze Herstellung und Zirkulation der Waren organisiert haben, um so vollkommenere Agenten der Gesellschaft sind sie unter gewöhnlichen, durchschnittlichen Verhältnissen. Sie stecken unter diesen Umständen auch um so größere Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts ein.

Der Kapitalist vereinigt nur in seltenen Fällen die Warenproduktion mit der Warenzirkulation. Er stellt in diesem Falle das Produkt her, verkauft es und speichert den Gelderlös auf, um die Produktion auf breiterer Grundlage fortführen zu können. Die Zirkulation der Ware überläßt er durchweg anderen Wirtschaftsagenten, und das Geld behält er nicht in der eigenen Kasse, sondern führt es dem Bankier zu, der es anderen Unternehmungen zufließen läßt. Neben dem Produzenten steht der Kaufmann und der Geldkapitalist (der Bankier). Jede aufgespeicherte Mark kann durch Bankiers sofort produktiv angewendet werden. Der Kaufmannskapitalist widmet sich ausschließlich der Zirkulation der Arbeitsprodukte, der Geldkapitalist sorgt für den ständigen Umlauf der Kapitalsmassen. In der kapitalistischen Zirkulation entsteht so eine wirtschaftlich zweckmäßige Organisation. Der Kaufmannskapitalist zieht die Verkaufsakte vieler Industriekapitalisten zusammen. Die produzierte Ware setzt sich so in gesteigertem Tempo um. Der Industriekapitalist kann so sein auf die Produktion verwendetes Kapital bald zurückerhalten. Von dem Kaufmannskapital, das die Warenzirkulation und den Kapitalumschlag befördert, führt Karl Renner aus: „In der Funktion des Kaufmannskapitals, die Warenzirkulation zusammenzufassen, zu vereinfachen und zu beschleunigen, in dieser Rolle eines Organisators der Zirkulation liegt seine soziale Bedeutung und die geschichtliche, vorübergehende Rechtfertigung seiner Teilnahme am sozialen Mehrwert."

Der Industriekapitalist, der Geldkapitalist (Bankier), sie greifen alle nach dem von der gesellschaftlichen Arbeit geschaffenen Mehrwert. Sie sind keine uneigennützigen Agenten der Wirtschaft, sie suchen möglichst große Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts zu erhaschen. Der Wettkampf aller dieser Empfänger des gesellschaftlichen Mehrwerts ist mit der kapitalistischen Wirtschaft selbst gegeben. Dieser Wettkampf, diese Konkurrenz regelt den Mehrwertbezug zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen. Wenn z. B. ein Zweig des Industriekapitals besonders große Teile des Mehrwerts verschluckt, sofort wirft sich das in der Gesellschaft flüssige Kapital auf diesen Zweig, und der Sondervorteil, der Sonderprofit ist bald aufgesogen. Es bildet sich eine allgemeine Profitrate heraus.

Der Durchschnittsprofit erfüllt nun in der kapitalistischen Gesellschaft wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben. Er bestimmt das Hin- und Herwandern der Kapitalien in die einzelnen Zweige der Wirtschaft. Den Kapitalisten, die nicht mit vervollkommneten Arbeitsmitteln produzieren, legt er die Anschaffung neuer Produktionsinstrumente auf. Funktionierende Kapitalien von gleicher Größe, seien sie auch in ihren Bestandteilen aus Produktionsmitteln und aus lebendigen Arbeitskräften sehr verschieden zusammengesetzt, pflegen gleiche Profite abzuwerfen. In dieser Richtung wirkt das sich in der Kapitalkonkurrenz betätigende Gesetz von der gleichen Profitrate regelnd und richtend.

Die Spaltung der Kapitalisten in funktionslose und fungierende, den Ursprung und die Bedeutung der Grundrente, das Leihkapital und seine Aufgaben verfolgt dann Karl Renner sehr eingehend.

Der einzelne Industriekapitalist legte sich in den Anfängen der kapitalistischen Produktion eine Geldreserve zurück, um die Mittel für die Erweiterung seines Betriebes zu gewinnen. Diese Reserven der Einzelkapitalisten fließen in den Bankinstituten zur gemeinsamen Geldreserve für diese einzelnen Kapitalisten, zu einem gesellschaftlichen Gesamtkapital zusammen. Das kapitalistische Kreditwesen reckt sich riesenhaft aus. Die Banken werfen z. B. den in allen Kulturländern aufgespeicherten Wehrwert in die Kolonien und rufen dort industrielle Unternehmungen, Häfen, Eisenbahnen in größtem Umfange ins Leben. Zugleich aber lassen sie bedrohliche Konflikte zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften heranreifen (Weltkrieg)!

Es ist ein besonderes Verdienst Karl Renners, daß er die von Marx angedeuteten Entwicklungsreihen weiter fortgeführt und das Kredit- und Bankwesen durch eigene Darstellung beträchtlich ergänzt und neu beleuchtet hat.

Die Rolle der Zirkulation für den Ausreifungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft wird sich vielen Sozialisten erst durch die klaren Ausführungen Renners erschließen und das Verständnis der kapitalistischen Zirkulation öffnet uns einen neuen Einblick in das Sozialisierungsproblem.

Volkswirtschaftliche Kurpfuscherei.

= Die deutsche Wirtschaftslage hat sich in den letzten Monaten langsam, aber ständig gebessert. Fast ausnahmslos wurde von den Industriellen eine Zunahme der Aufträge gemeldet. Dementsprechend erfuhr die Zahl der Arbeitslosen eine nicht unbeträchtliche Verminderung, welche Entwicklung bis gegen Ende April anhielt. Mit Anfang Mai machen sich jedoch wieder Anzeichen dafür bemerkbar, daß eine neue Krise im Anzuge begriffen ist. Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich nur noch bei einigen Industrien fort, bei anderen trat dagegen eine Stagnation ein, die in eine rückläufige Bewegung umzuschlagen droht. Besonders der Kohlenbergbau hat mit außerordentlichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen, weshalb die Förderung eingeschränkt, die Arbeit durch Einlegung von Feierschichten gestreckt und im Ruhrgebiet bereits zur Entlassung von Bergarbeitern geschritten wurde. Der Kapitalmangel macht sich wieder allgemeiner und stärker bemerkbar, einerseits weil sich die Neubildung von Kapital der deutschen Wirtschaft noch nicht in dem notwendigen Maße vollziehen konnte, andererseits der Inanspruchnahme von Krediten durch die hohe Zinsbelastung enge Schranken gesetzt sind.

Diese Erscheinungen sind nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern treten, wenn auch im allgemeinen weniger stark, in allen Industriestaaten auf, zeigen also einen internationalen Charakter. Sie haben ihren Grund in der verminderten Aufnahmefähigkeit aller Märkte, oder mit anderen Worten: in der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung. Ueber diesen Zustand vermag der Kapitalismus nicht hinwegzukommen. Seine in kurzsichtiger Verblendung angewendeten, überall gleichen Ausbeutungsmethoden führen im Gegenteil dazu, ihn zu verschlimmern. Mit Ausnahme von Amerika besteht überall zwischen Preisen und Löhnen ein schroffer Gegensatz, und zwar selbst dort, wo letztere verhältnismäßig hoch erscheinen und in ihrer realen Höhe über die Löhne der deutschen Arbeiter hinausgehen. Nebenbei bemerkt ist auch der amerikanische Kapitalismus seit dem Abflauen der Geschäftskonjunktur bemüht, die Löhne der dortigen Arbeiter abzubauen, wozu er durch die von den deutschen Unternehmern beliebte Lohndrückerei weitgehend unterstützt wird. Sind diese Bestrebungen von Erfolg, dann werden natürlich die deutschen Unternehmer in verstärktem Maße über die wachsende amerikanische Konkurrenz jammern und sie als Grund dafür angeben, daß zur Wiederherstellung des Gleichgewichts die Löhne der deutschen Arbeiter noch tiefer herabgedrückt werden müssen. Daß ihre eigene soziale Rückständigkeit, ihr allen vernünftigen volkswirtschaftlichen Grundsätzen ins Gesicht schlagendes Verhalten die Entwicklung der produktiven Leistungsfähigkeit der Industrie und damit deren Konkurrenzfähigkeit behindern, werden sie niemals zugeben.

Das deutsche Unternehmertum steht mit dieser volkswirtschaftlichen Einsichtslosigkeit nicht allein. Die kapitalistische Ausbeutergesellschaft denkt und handelt hierin international, huldigt mit wenigen Ausnahmen der gleichen Anschauung. Gewohnt, nur zu ernten, kennen die Kapitalisten, nachdem der Weltmarkt zurzeit infolge der allgemeinen Schwächung der Kaufkraft eine wesentliche Ausdehnungsmöglichkeit nicht bietet, keinen anderen Ausweg, als die Okkupation des nationalen Innenmarktes sowie dessen Abschließung nach außen mit hohen Schutzzollmauern, um sich dadurch ein Monopol für seine Ausbeutung zu sichern. Das kann nur die weitere Hinaufschraubung der Inlandpreise und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Preis- und Lohnniveau zur Folge haben. Auch das deutsche großindustrielle Unternehmertum strebt in Gemeinschaft mit den Großagrariern diesem Ziele zu. Zu unzähligen Malen ist von namhaften Volkswirtschaftlern auf die Unsinnigkeit dieser Monopol- und Abschließungspolitik hingewiesen worden. Erst vor kurzem wieder wies der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm in einem auf dem Deutschen Industrie und Handelstag in Berlin gehaltenen Referat darauf hin, wie notwendig es sei, alle Kräfte und Mittel für die technische und wirtschaftliche Verbesserung des Produktionsganges durch sparsamste Preisgestaltung einzusetzen. Treffend kennzeichnete er das Demagogische, das in der Ausschlachtung der passiven deutschen Handelsbilanz zur Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage liegt. Deutschland brauche eine große Einfuhr, wenn es wieder exportfähig werden wolle. Dazu gehöre aber Vermehrung und Verbilligung der Produktion und Kapitalansammlung. Die Einfuhrsteigerung heiße unter Hinzukommen der Produktionsverbilligung: auf die Dauer die passive Handelsbilanz beseitigen. „Alles andere ist Kurpfuscherei" und: „Es gibt keine andere Möglichkeit der Steigerung der Kaufkraft als die Verbilligung der Produktion".

Bei nüchterner objektiver Beurteilung der Wirtschaftslage kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es einen anderen Weg zur Erhöhung der Produktivität von Industrie und Landwirtschaft nicht gibt, nur auf ihm wieder ihre Wettbewerbsfähigkeit herzustellen ist. Lediglich im Wettbewerb mit der ausländischen Einfuhr, dem hieraus entstehenden wirtschaftlichen Zwange kann die deutsche Industrie und Landwirtschaft aus ihrer Rückständigkeit, in die sie durch die Monopol- und Dumpingpolitik der Wirtschaftskartelle hineingeführt wurde, herausgerissen und zu neuem Aufstieg gebracht, zugleich aber auch die Kaufkraft der breiten Massen gehoben werden. Die Hebung der Kaufkraft darf sich selbstverständlich nicht auf die Herabsetzung der Preise beschränken, sondern muß sich auch nach der Lohnseite erstrecken. Das scheint einen Widerspruch einzuschließen. In Wirklichkeit besteht ein solcher nicht. Es ist bekannt, daß heute bereits verhältnismäßig viel Fertigwaren nach Deutschland eingeführt werden. Das ist — wie Hamm ebenfalls zutreffend ausführte — eine Verschwendung, die sich eigentlich das deutsche Volk nicht leisten kann, denn in diesen Fertigwaren bezahlt es doppelt, dreifach- und vierfach so

hohe Löhne, als sie der deutsche Arbeiter erhält. Wenn aber die ausländischen Unternehmer ihren Arbeitern so wesentlich mehr an Löhnen zahlen können, dann ist es ein Unsinn zu behaupten, daß es unmöglich sei, den deutschen Arbeitern ebenfalls höhere Löhne zuzugestehen.

Doch nicht nur diese Tatsache beweist, daß die Kaufkraft der deutschen Arbeiter auch durch Lohnerhöhungen gesteigert werden kann und das Unternehmertum imstande ist, höhere Löhne zu zahlen. Die bis jetzt veröffentlichten Geschäftsberichte und Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften weisen Dividenden von 6, 8, 10 und mehr Prozent auf. Dos sind Industriegewinne, die selbst denen der Vorkriegszeit nicht nachstehen, sie teilweise sogar erheblich übersteigen. Noch vorteilhafter prosperiert das Bankkapital, das trotz sehr reichlicher Abschreibungen Dividenden von 8, 10, 15, 20 und selbst 30 Proz. zur Verteilung bringt. Aus nichts sind diese Gewinne nicht entstanden. Uebermäßig hohe Preise, skandalös niedrige Löhne waren die Mittel, um sie hervorzurufen. Auf diese Weise sucht der Kapitalismus gewaltsam auf Kosten der Verbraucher wie der Arbeiter eine Kapitalserneuerung einzuleiten, die notwendig zur Vernichtung der Kaufkraft der rücksichtslos Ausgebeuteten führen muß. Die deutsche Wirtschaft ist zurzeit eine Innenwirtschaft. Sie kann nur allmählich wieder aus ihr herauswachsen. Soll ihr das gelingen — und hierfür liegt eine unbedingte Notwendigkeit vor —, dann muß unter Verhinderung der Aufrichtung aller künstlichen Entwicklungsschranken in Form von Schutzzöllen, die nicht lediglich Kompensationszwecken dienen, eine Durchbrechung der Preisdiktatur der Kartelle sowie die Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Preisen und Lohn angestrebt werden.

Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Volksmassen ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschaft. Sie würde erreicht, wenn nur ein wesentlicher Teil der von ihr erzielten Ueberschüsse der Arbeiter- und Angestelltenschaft zuflösse. Die damit bewirkte Belebung der Spartätigkeit würde auch eine Belebung der Wirtschaft und darüber hinaus des Geldmarktes nach sich ziehen. Eine neue Inflationsgefahr wäre hieraus nicht zu befürchten. Die Anwendung anderer Mittel, die, statt die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, diese herabzudrücken geeignet sind, wie sie z. B. die „Kleine Zollvorlage" der Reichsregierung in der Erhöhung der Eisenzölle um 50 Proz. und der Einführung der alten Getreidezölle vorsieht, ist als volkswirtschaftliche Kurpfuscherei auf das schärfste zu bekämpfen.

Der Gautag des Gaues Hansa.

Der Gautag, der am 31. Mai in Kiel stattfand, wurde durch eine Ansprache des Gauleiters Küster-Hamburg eröffnet. Anwesend waren 23 Delegierte aus 16 Orten, ein Vertreter des Buchdruckerverbandes und ein Vertreter des Kieler Ortsausschusses des ADGB. Nicht vertreten waren die Orte Leer i. Ostfr., Bremerhaven und Wismar.

In seinem Geschäftsbericht erklärte der Gauleiter, daß wir uns mit unserem Verbande im Aufstieg befinden. Wenn uns das schwarze Jahr 1923 auch harte Wunden geschlagen hat, dann ist doch die große Masse der Kollegenschaft von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungen, so daß wir im verflossenen Jahre einen starken Zuwachs an Mitgliedern bekommen haben. Unser Mitgliederbestand im Gau ist auf ca. 4000 gestiegen. Ganz besonders schilderte Küster die aufreibende Tätigkeit, die in den verflossenen drei Jahren zur Regelung der Löhne entfaltet wurde.

Thierbach-Hamburg gab den Kassenbericht. Auch er konnte Erfreuliches berichten, da der Lokalkassenbestand des Gaues auf 1484,39 Mk. gestiegen ist. Er forderte die Funktionäre auf, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder ihre Beiträge in den richtigen Beitragsklassen leisten.

Fievig vom ADGB. begrüßte den Gautag namens der gesamten Kieler Gewerkschaften und schilderte den Niedergang der Industrie in Kiel. Die Werften, die bisherige Lebensader Kiels, sind immer noch im Abbau begriffen, so daß z. B. auf einer Werft, auf der früher einmal 16 000 Arbeiter tätig waren, heute nur noch deren 2000 beschäftigt sind.

Der Vertreter der Buchdrucker, Lorenzen, wies auf die Verbrüderung der Arbeiter, besonders auf den graphischen Industrieverband hin, der sicher kommen wird, wenn der Resonanzboden unter den Berufsangehörigen dafür vorhanden sei.

In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Geschäftsführung des Gauvorstandes einverstanden sind. Hierauf referierte Küster über „Die Tariflage". Es ist leider nicht gelungen, sämtliche Tarife in einem Manteltarif zu vereinigen. Auch im Arbeitgeberlager gibt es widerstreitende Meinungen. Redner hebt die Vor- und Nachteile der Tarifverträge hervor und kommt auch auf die Verhandlungen mit den Kartonnagenfabrikanten zu sprechen. Er wies auf das Frohlocken der Arbeitgeber in der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung" hin, die mit der Möglichkeit rechnen, daß ab 1. August der Reichsmanteltarif für die Kartonnagenindustrie zu existieren aufgehört haben werde. Er erklärte diese Stellungnahme als Bluff der Unternehmer. Gerade im Arbeitgeberlager habe man an der Erhaltung der Reichstarife ein sehr großes Interesse, da sonst die Fabrikanten sich gegenseitig die Türe zur Schmutzkonkurrenz öffnen. Der Arbeiterschaft aber gibt sie die Mahnung, sich noch viel fester um den Verband zu scharen, um auf anderen Wegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, wenn man Tarife nicht mehr abschließen wolle.

Lange-Hamburg unterstützte diese Ausführungen und wies darauf hin, daß neben der Heimarbeit auch die Gefängnis- und Zuchthausarbeit scharf zu bekämpfen ist. Es ist unerhört, daß Hunderte von ehrlichen Arbeitern brotlos werden, nur weil die Arbeiten den Gefängnissen übergeben werden, wie Tüten- und Beutelkleben, Schreibbücher anfertigen usw., alles Arbeiten, die zu einem Spottpreise aus den Gefängnissen geliefert werden und so auf den Lohn drücken. (Zum Zwecke der Verfolgung dieser Dinge ersuchen wir um spezialisierte Angaben. Red.)

Niemöller-Lübeck hält eine Entlohnung auf tariflichem Wege für das sichere, obwohl es möglich sei, ohne Tarif zeitweise höhere Löhne herauszuholen. Kollegin Schlien-Hamburg wandte sich lebhaft dagegen, daß die Frauen vielfach Männerarbeit verrichten, ohne dafür den Männerlohn zu erhalten. Sie schob die Schuld, daß die Frauen und jungen Mädchen schrankenlos ausgebeutet werden, indem man sie mit Männerarbeit beschäftigt, den Kollegen zu. Die Männer seien es vielfach, die aus Bequemlichkeit den Arbeiterinnen Arbeiten zuschieben, die sie selbst zu verrichten haben, und wenn sie dann die Mädchen angelernt haben, dann beschweren sie sich darüber, daß diese den Gehilfen Konkurrenz machen. Sie forderte die Gehilfen auf, sich etwas mehr um ihre Arbeiten zu kümmern, denn die Kolleginnen wollen die Männerarbeit gar nicht machen und wenn sie gemacht wird, dann sollen sie dafür auch den Männerlohn haben. — Konradt-Blankenese forderte eine wesentliche Erhöhung der Löhne im „Api"-Tarif. Die Buchbinderlöhne sind gegenüber den Buchdruckerlöhnen zurückgeblieben, ein Zustand, den wir auf die Dauer nicht zu ertragen vermögen. Aber auch die Löhne der Arbeiterinnen in den Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken sind gegenüber den anderen Tarifen so gering, daß sie eine wesentliche Erhöhung erfahren müßten. — Nachdem Küster versprochen hatte, im Tarifausschuß dahin zu wirken, daß eine wesentliche Verbesserung der Reichstarife und eine entsprechende Erhöhung der Löhne erreicht wird, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Gautag des Gaues Hansa hält die Entlohnung in unserem Gewerbe auf der Grundlage der Tarifvereinbarung für die gegebene. Er stellt sich mit seinem ganzen Organisationsapparat zur Durchführung der Tarifvereinbarung hinter den Gesamtverband. Der Gautag ist sich wohl bewußt, daß die Tarifverträge durchgeführt und gehalten werden können, wenn eine starke Organisation hinter der Tarifgemeinschaft steht. Daher ist es notwendig, um die heutigen Mängel der Tarife auszumerzen, um Verbesserungen zu erreichen und durchzuführen und um den Widerstand der Unternehmer zu brechen, daß eine straffere Organisation geschaffen wird. Denn nur dadurch ist es möglich, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen."

Ueber „Die Werbekraft des Verbandes" referierte Konradt-Blankenese. Er gab den Delegierten reiches Material in die Hand, um die Werbekraft am Orte zu stärken und zählt die Vorteile auf, die durch den Zusammenschluß erzielt worden sind. Wir hätten heute innerhalb unseres Berufes noch viel traurigere Verhältnisse, wenn wir nicht in den Betrieben über eine gute Organisation verfügten. Mit einem Appell, unabläßig für die Kollegenschaft tätig zu sein, schloß er seinen Vortrag.

Ueber „Der bevorstehende Verbandstag" referierte Lange-Hamburg in eingehender Weise. Redner kam auf den Ausbau der Unterstützungen zu sprechen; er war der Meinung, daß unsere Beiträge zu niedrig sind. Sie müßten höher werden, wenn wir das Unterstützungswesen weiter ausbauen wollen. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß wir eine Kampforganisation sind und daß zum Kämpfen Geld gehört und daß Erfolge nur erzielt werden können, wenn eine einige Kollegenschaft in der Organisation vorhanden ist, die auch Opfer für ihre Sache gebracht hat. Er erläuterte verschiedene Anträge, die von der Zahlstelle Hamburg-Altona an den Verbandstag geleitet seien und die eine Regelung unserer Verwaltungskörperschaften insofern wünschen, daß entweder der Ausschuß oder der Beirat beseitigt wird. Die Hamburger Kollegen haben sich für die Beibehaltung des Beirates entschieden. Auch in der Anstellungsfrage muß der Vorstand mehr Bewegungsfreiheit haben, zumal ja alle unsere Angestellten mit dreimonatiger Kündigung angestellt sind.

In der Diskussion wurde das Für und Wider der Krankenunterstützung erörtert. Ein Teil der Delegierten erklärte, die Beiträge sind zu hoch, sie dürften auf dem Verbandstage keineswegs erhöht werden, ein anderer Teil sah die Notwendigkeit höherer Beiträge zur Durchführung der uns gestellten Aufgaben ein. — Hensel-Bremen wandte sich gegen die Krankenunterstützung. — Kollegin Schlien wies darauf hin, daß es notwendig ist, die Krankenunterstützung wieder einzuführen, denn die Unterstützung, die heute die Krankenkassen zahlen, ist so gering, daß jede Kollegin wohl eine Beihilfe vertragen kann und wenn sie noch so gering ausfällt. Dann aber ist die Krankenunterstützung für unsere weiblichen Kollegen ein Bindemittel an den Verband. Hierfür einen höheren Beitrag zu leisten, sind die Kolleginnen gern bereit, obwohl nicht verkannt werden soll, daß unter unseren Kolleginnen viele sind, die ungern zahlen, auf alles schimpfen, aber auch alles gern haben möchten. Aber ohne Opfer, die wir für unsere Sache bringen müssen, das mögen sich unsere Frauen gesagt sein lassen, kann unsere Lage nicht gebessert werden.

Zum 5. Punkt der Tagesordnung war Kollege Hein-Hamburg als Referent vorgesehen. Dieser war jedoch durch Erkrankung verhindert, an der Tagung teilzunehmen. Darum wies Küster in kurzen Ausführungen auf die Bedeutung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses hin. Er hob besonders hervor, daß die Frage der Organisationsform auf diesem Kongreß neben anderen wirtschaftlichen Fragen wohl die hauptsächlichste Rolle spielen wird. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht statt.

Bevor zur Erledigung der vorliegenden Anträge geschritten wurde, führte der Gautag über § 33 Absatz 3 des Verbandsstatuts: „Nach jedem Verbandstag haben sich die Angestellten einer Neuwahl durch Verbandsvorstand und Ausschuß zu unterziehen, falls die Gauverwaltung dies auf Beschluß eines Gautages beantragt", eine Aussprache herbei. — Niemöller-Lübeck verlangte, von der Forderung auf Neuwahl der Angestellten des Gaues abzusehen, da die Angestellten des Gaues Hansa die Geschäfte zur außerordentlichen Zufriedenheit der Kollegenschaft geführt haben. — Konradt-Blankenese schloß sich diesen Ausführungen an und wies besonders auf die umfangreiche Tätigkeit unserer Gauangestellten im Gau sowohl, als auch in Hamburg-Altona hin. Die Tätigkeit der Angestellten ist eine außerordentlich aufreibende und darum beantragt er als Anerkennung für die seitherige Tätigkeit von der Stellung eines Antrages an den Verbandsvorstand auf Neuwahl Abstand zu nehmen. Der Gautag beschloß einstimmig, den Anträgen von Niemöller und Konradt zu entsprechen.

Eine Anzahl von Anträgen wurde teils zurückgezogen, teils durch Aussprache erledigt, dann wurde beschlossen, den Mitgliedern im Gau Hansa zu empfehlen, anläßlich des in Hamburg stattfindenden Verbandstages eine Erinnerungsmarke zu 50 Pf. zu kleben. — Weiter soll den Mitgliedern empfohlen werden, nach Möglichkeit an den Verhandlungen des Verbandstages in Hamburg teilzunehmen.

Nachdem der Gauleiter dem Buchdruckerverband, dem Ortsausschuß des ADGB. und sämtlichen Delegierten für ihre Mitarbeit gedankt hatte, wurde der sehr sachlich und äußerst anregend verlaufene Gautag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter geschlossen.

Es reden und träumen die Menschen viel
von bessern künftigen Tagen,
nach einem glücklichen goldenen Ziel
sieht man sie rennen und jagen . . .
Es ist kein leerer schmeichelnder Wahn,
erzeugt im Gehirn der Toren.
Im Herzen kündet es laut sich an,
zu was besserm sind wir geboren.
Und was die innere Stimme spricht,
das täuscht die hoffende Seele nicht. Horen.

Zum Verbandstag!

Der 14. Verbandstag in Kassel stand noch stark unter dem Zeichen der Zersplitterung der Arbeiterschaft, jedoch war seine Arbeitsleistung eine für die Organisation fruchtbringendere, als die Tagung in Würzburg, die noch voll unter der Auswirkung des Krieges und der damit verbundenen Politik stand. Es ist zu hoffen, daß in Hamburg ein weiterer Schritt zur Gesundung des Verbandes gemacht wird, notwendig ist dies auch auf dem Gebiet der Agitation. Mancher Kollege, der sich zur Agitation hergibt, auch in der Provinz des öfteren spricht, wird das Gefühl nach jeder Versammlung haben, daß unsere Agitationsmittel nicht immer ausreichen, um überzeugend wirken zu können; daß ein Etwas fehlt, über das sich mancher nicht im klaren ist, das aber zum Teil auf seine Person zurückgeführt wird. Mit großen Worten ist es nicht getan; diese wirken vielleicht auf solche, die Neulinge sind, aber befriedigen nicht denjenigen, der geschult ist und denken gelernt hat. Behauptungen aufstellen und diese nicht zugleich mit Beweisen belegen können, ist erstens gefährlich und zweitens wird die gewünschte Wirkung ausbleiben, wenn die Art der Darstellung den Zuhörer nicht mit zum Nachdenken anreizt und nicht überzeugen kann. Das zu einem guten Referat nötige Material kann sich aber ein Kollege, der tagsüber im Betrieb steht — und das sind die meisten —, nicht sammeln und verschaffen, weil die nötige Zeit nicht vorhanden ist. Gerade diese Kollegen sind außerordentlich mit Arbeit für die Arbeiterbewegung überlastet und es bleibt oft kaum genügend Zeit, um die Tagespresse in Ruhe lesen zu können. Von den finanziellen Anforderungen zur Anschaffung des nötigen Materials will ich nicht sprechen, diese kennt jeder Funktionär selbst. Aufgabe der Organisation muß es sein, den Referenten hier helfend unter die Arme zu greifen, und zwar in Gestalt eines periodisch erscheinenden Referentenmaterials, das alle gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen behandelt, der Gesetzgebung einen breiten Raum einräumt und die Sozialversicherung nicht vergißt. Dadurch wird es manchem Kollegen leichter gemacht, in Versammlungen aufzutreten, ein eigenes Referat ausarbeiten zu können, das ihn und vor allen Dingen die Versammlung befriedigt. Das wäre meines Erachtens ein Weg, der beschritten werden könnte, die dafür ausgeworfenen Mittel werden sich gewiß lohnen. Werden Versammlungen systematisch in erzieherischer Weise ausgestaltet, dann wird auch die oft trostlose Diskussion auf ein höheres Niveau gebracht werden.

Hand in Hand mit der Ausbildung der Referenten wäre die Frage zu erwägen, ob nicht eigens dazu angestellte Wanderredner erforderlich sind, die das Zeug in sich haben, nicht nur über gewerkschaftliche Aufgaben zu sprechen, sondern über ein Allgemeinwissen verfügen, das sie instand setzt, interessante Themen zu behandeln, die fruchtbringend auf die Zuhörer wirken. Ihnen müßten auch einige technische Mittel, die für die Kollegenschaft auf dem Lande keine alltäglichen sind, wie Lichtbilderapparat usw. zur Verfügung gestellt werden. Man muß die Agitationsfrage auch von der psychologischen Seite betrachten, und jeder, der dies tut, wird finden, daß es einem großen Teil unserer Kollegen ein Bedürfnis ist, einmal etwas anderes zu hören, als wie immer die in ihrer Auswirkung gleichbleibenden Worte von Arbeitszeit, Lohn, Tarif, Sozialismus, Kommunismus, gegenseitigem Haß und Streit. Nur allzu oft werden ja die Worte nur an Kollegen gerichtet, die seit Jahren und Jahrzehnten ständige Besucher der Versammlungen sind und deshalb wissen, was sie zu tun haben. Wir müssen unsere Versammlungen abwechslungsreicher gestalten. Wir sehen leider immer mehr in der Provinz, wie sich die Kollegenschaft dazu hergibt, unter Tarif zu arbeiten, oder wie es Arbeitgeber verstehen, unsere Leute von uns abspenstig zu machen durch das Versprechen, auch ohne Organisation den Tarif zu bezahlen. Vielleicht geschieht das dann auch einige Wochen, um nachher desto promptor das Gegenteil zu tun. Es wäre durchaus angebracht, durch geeignete Lichtbilder den Kollegen zu zeigen, wo sie mit ihrer Familie hinkommen, wenn sie der Organisation untreu werden. Die Heimarbeitausstellung in Berlin z. B. hat doch sicherlich genügend Material gebracht, das agitatorisch ausgenützt werden muß. Fragen wir doch einmal die Kollegenschaft in der Provinz, inwieweit sie in der Lage ist, sich gute geistige Kost zu verschaffen. Sie muß sich mit dem zufrieden geben, was ihr die bürgerlichen Kreise vorsetzen. Denn die Kräfte reichen bei den sich zur Verfügung stellenden Funktionären oft nicht aus, ihren Mitgliedern mehr zu geben als ihren guten Willen. Wir müssen das flache Land mehr als bisher beobachten und bearbeiten, sollen nicht wieder Zustände einreißen wie vor dem Kriege, die sich in einer unerhörten Schmutzkonkurrenz und dergleichen auswirkten. Die Nachrichten auf diesem Gebiete häufen sich heute schon. Als Unterstützung der schon jetzt tätigen Kollegen, die doch nicht jeden Tag ihren Arbeitsplatz verlassen können, um auf Agitation zu gehen, sollen die Wanderredner fungieren. Auch hier wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Ein Versuch, Aufklärung in die Massen durch ein modernes Mittel zu tragen, wurde ja schon unternommen. Gewiß ist der Film eines der Objekte, das unter allen Umständen für unsere Zwecke ausgenutzt werden muß. Der Film „Die Schmiede" hat nachhaltigsten Eindruck bei den Zuschauern hinterlassen und es wäre wünschenswert, daß die maßgebenden Stellen sich dauernd um dieses Gebiet kümmern wollten, das von ungeheurem erzieherischen Wert ist.

In den Jahren während und nach dem Kriege, namentlich aber in der Inflationsperiode, war es vollkommen ausgeschlossen, in geselliger Unterhaltung etwas zu unternehmen, da die Mittel nicht mehr ausreichten. Heute geht ein Zug durch die Kollegenschaft, nach all den Bitternissen der letzten Jahre auch einmal wieder Geselligkeit zu pflegen. Man sollte diesem Wunsche entgegenkommen, ist er doch ein Mittel, an Leute heranzukommen, die noch beiseite stehen. Ferner besteht gerade bei solchen Anlässen die Möglichkeit, daß die Kollegenschaft sich innerlich wieder näher kommt nach all dem widerwärtigen Richtungsstreit der letzten Jahre, und das ist ein Faktor, den wir dauernd stärken müssen. Natürlich müssen solche Veranstaltungen künstlerisch auf der Höhe stehen, sei es in ernster oder heiterer Form. Heute ist es wieder möglich, sich auch diesen Aufgaben zu widmen.

Wir müssen noch rühriger werden und alle Möglichkeiten ins Auge fassen, um an die Kollegenschaft heranzukommen. Natürlich kostet die Ausführung dieser Vorschläge viel Geld, und der Verbandstag muß ja auch die finanzielle Seite unserer Organisation behandeln und eine evtl. Beitragserhöhung beschließen, die uns in den Stand setzt, Aufgaben durchzuführen und zu bewältigen, die absolut notwendig sind. Zu wünschen wäre, daß die Kollegenschaft endlich einmal ihren kleinlichen, engherzigen Standpunkt in der Beitragsfrage aufgibt und dem Verband die Mittel zuführt, die ihn in die Lage versetzen, sein Arbeitsgebiet auszunützen und zu erweitern.

P. Döbbeling, Stuttgart.

Berichte.

Stuttgart. Am 29. Mai hielt unsere Zahlstelle eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst Kollege Drehwald über den gegenwärtigen Stand unserer Tarifverhältnisse sprach. Er erläuterte zugleich, warum das Lohnabkommen mit dem VDB. bis zum 17. Juni verlängert wurde. Als erster Diskussionsredner brachte Kollege Remmlinger einen Antrag ein, nach dem die Versammlung beschließen soll, ihre Mißbilligung über die Darstellung in der Jubiläumsnummer der „Buchbinder-Zeitung" auszudrücken, da es in der Lohntabelle heißt, daß die Buchbinderlöhne um 20—41 Proz. und die der Arbeiterinnen um 20—100 Prozent gestiegen seien gegenüber der Vorkriegszeit, ohne den Kommentar, daß die Löhne im Verhältnis zur Kaufkraft der Mark viel zu niedrig sind. Es ist zu befürchten, daß diese Artikel bei den Arbeitgebern nur dahin ausgeschlachtet werden, als ob die Kollegenschaft zu viel verdiene. Dieser Antrag wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Von mehreren Rednern wurden auch Aenderungen zum Manteltarif vorgeschlagen, z. B. die Lohnstaffelung, da die jungen Kollegen zu wenig verdienen. Auch der Unterschied der Löhne zwischen ledigen und verheirateten Kollegen solle wegfallen. Diese sogenannten Soziallöhne haben sich in der Praxis sehr unsozial ausgewirkt.

Dann wurde die Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag behandelt. Dazu wurde von der Ortsverwaltung der Antrag gestellt, von einer Proporzwahl abzusehen und in einfacher Listenwahl zu wählen, damit es jedem Mitglied freigestellt sei, diejenigen seiner Kollegen zu wählen, die ihm zusagen, ohne Rücksicht auf die Partei. Dieses Verlangen scheiterte an dem Wahlvorschlag, den die Kommunisten einbrachten. Nun muß eben am 19. Juni Verhältniswahl stattfinden. Unter „Verschiedenes" hatte Kollege Drehwald der Versammlung noch manches mitzuteilen. Es ist hier, wie allerorts, der bedauerliche Umstand zu verzeichnen, daß der Versammlungsbesuch sehr zu wünschen übrig läßt.

(Anmerkung der Redaktion: Zu diesem Bericht ist zu sagen, daß die Kritiker ganz übersehen, daß wir in jenem Artikel lediglich von den Erfolgen der Organisationstätigkeit berichten wollten und dabei eine kritische Würdigung derselben wohl kaum am Platze gewesen sein dürfte. — Wir haben doch wahrhaftig gerade über die Unzulänglichkeit unserer Löhne sowohl in der Zeitung wie bei Lohnverhandlungen, in Jahresberichten usw. so unzählige Male darauf hingewiesen, daß es uns als übertriebene Aengstlichkeit anmutet, wenn man glaubt, daß mit jener Darstellung den Unternehmern Wasser auf die Mühlen geliefert worden sei.)

Gau Nordbayern.

Der Gauvorstand beruft zum Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 Uhr, den

Gautag

nach Nürnberg, „Metallarbeiterhaus", Vordere Karthäusergasse, ein.

Tagesordnung:

1. **Bericht des Gauvorstandes und Agitation im Gau. (Berichterstatter: Weinläder.)**
2. Tarifangelegenheiten. (Referent: Weinläder.)
3. Stellungnahme zum Verbandstag und dessen Anträgen. (Referent: Weinläder.)
4. Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. (Referent: Betriebsräte-Sekretär Baier.)
5. Anträge und Mitteilungen.

Wir ersuchen alle Teilnehmer am Gautag, sich so einzurichten, daß die Beratungen früh Punkt 9 Uhr beginnen können.

Der Gauvorstand:

J. A.: Fr. Weinläder, Nürnberg,
Breite Gasse 25/27, Mittelb. III.

Literarisches.

Bauseld, Praktischer Ratgeber über die Gewährung von Zusatzrente. Selbstverlag, Leipzig-Thonberg, Reitzenhainer Straße 65. 37 Seiten. Preis 60 Pf.

Das Heftchen gibt über alle Fälle, in denen Zusatzrente gezahlt werden kann, sicheren Aufschluß. Es ist das ersterschienene Werk auf diesem Gebiet und bearbeitet auf Grund amtlicher Bestimmungen und jahrelangen praktischen Erfahrungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag am 19., 20. oder 21. Juni vorzunehmen sind. Die Gau- und Ortsverwaltungen haben unter diesen drei Tagen den für ihren Bezirk geeignetsten auszuwählen. Die Wahl darf in der betreffenden Zahlstelle bzw. von den Einzelmitgliedern des Gaues nur an dem einen so bestimmten Tage vorgenommen werden. Den Zahlstellen bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Wahl in zu diesem Zwecke einberufenen Wahlversammlungen oder durch Urwahl erfolgen soll. Auf alle Fälle muß die Wahl mittels Stimmzettels vorgenommen werden. Dabei sind die im Wahlreglement enthaltenen Bestimmungen zu beachten. Das Wahlreglement ist im Anhang zum Statut abgedruckt. Im übrigen verweisen wir auf unsere Bekanntmachung in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung".

Die Gau- und Ortsverwaltungen und insbesondere die der Bezirksvororte sind für ordnungsgemäße Vornahme der Wahl verantwortlich.

Formulare zur Berichterstattung über die Wahl zum Verbandstag gehen den Bevollmächtigten der Gaue und Zahlstellen dieser Tage zu.

2. Uebertritte an der tschechoslowakischen Grenze.

In der Bekanntmachung in der vorigen Nummer ist ein Druckfehler enthalten, den wir hiermit richtigstellen. Nicht die Mitglieder unseres Verbandes, die nahe der tschechoslowakischen Grenze wohnen, können in die „Graphische Union" in Reichenberg übertreten, sondern die Mitglieder, die in deutschen Orten nahe der tschechoslowakischen Grenze arbeiten, aber jenseits der Grenze wohnen.

Die aufmerksamen Leser des diesbezüglichen Aufsatzes auf Seite 110 der „B.-Z." werden den Fehler in der Bekanntmachung schon selbst bemerkt haben.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 9. Juni bei der Verbandskasse ein von:

Dülmen 50,— Mk., Münster 285,— Mk., = Koblenz 160,— Mk., = Hanau 1200,— Mk., = Mühlhausen 305,20 Mk., = Oberwiesenthal —,— Mk., = Gau Südbayern 600,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen für **Neudamm, Stolp und Gau Württemberg und Baden.**

Herausgegeben vom Verband. — Verantwortlicher Redakteur: E. Michaelis, Berlin O. 2., Breitestr. 8/9 IV.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.